

VDS: Mutige Realpolitik

Beschlüsse der Jahrestagung des Verbandes westdeutscher Studentenschaften widerspiegeln Kraft und Ausmaß der außerparlamentarischen Opposition / Bisher weitestgehende und klarste politische Forderungen

EINE DOKUMENTATION

Die Jahres-Mitgliederversammlung der Vereinigung westdeutscher Studentenschaften, auf der die gewählten Studentenausschüsse aller Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik vertreten waren und die vom 4. bis 10. März in München tagte, faßte zu entscheidenden politischen Fragen aufsehenerregende Beschlüsse.

In einer Resolution zum USA-Krieg in Vietnam heißt es: „Der Verband Deutscher Studentenschaften verurteilt die USA-Regierung und die von ihr abhängigen Regierungen als Verbrecher am Volk Vietnam, und an ihren eigenen Völkern.“ Die Studentenvertreter fordern die USA auf, bedingungslos die Bombardierung der DRV einzustellen und ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen. Die FNL wird als „berechtigt glaubwürdigste Vertretung der Interessen des vietnamesischen Volkes“ bezeichnet. Ihr Kampf sei der entscheidende Beitrag, „um sowohl Südvietnam wie die USA von einer demokratiefeindlichen und verbrecherischen Regierung zu befreien“.

Auf der Jahresversammlung 1966 hatte ein Antrag für eine ähnliche Resolution bereits in der Geschäftsordnungsdebatte zu Fall gebracht werden können.

Dazwischen aber liegen Erkenntnisse und machtvolle Bekenntnisse wie die Demonstration der 20 000 am 18. Februar in Westberlin oder die der 4000 in Frankfurt am Main – unter ihnen jeweils zahlreiche Studenten –, die unter roten Fahnen und FNL-Fahnen marschierten, die „Anti-Mörder raus aus Vietnam“ sowie „Keine Devisenhilfe für den USA-Krieg“ forderten und der Befreiungsfront ihre Sympathie erklärten.

Eindeutig fordert der VDS die Demokratisierung der Hochschulen, und er empfiehlt den Studenten, falls ihre Forderungen nach Mitbestimmung mit Vorlesungsstreiks durchzusetzen. Darüber hinaus werden die Studenten zum Widerstand gegen die Notstandsverordnung aufgefordert, und mit großer Mehrheit forderten die Delegierten in einem weiteren Antrag den Rücktritt des als KZ-Baumwälder überführten Bonner Präsidenten Lübke sowie die gerechtfertigte Behandlung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Die aber wohl bemerkenswerteste Tatsache ist, daß die vielen einzelnen Stimmen, die die Anerkennung der DDR und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten forderten, sich dort verdichtet haben, daß in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag von den rund 300 Delegierten einstimmig eine Resolution verabschiedet wurde, in der es heißt:

„Der VDS fordert die Anerkennung der DDR.“ Weiter erklärt der VDS darin, daß er mit Hilfe der Allgemeinen Studentenausschüsse zentral organisierte Aktionen durchführen

wird, deren Ziel es ist, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR und über die Notwendigkeit der Anerkennung aufzuklären. Mit der Diffamierung der Anerkennungspartei, so heißt es weiter, werde versucht, „rationelle Diskussion dieses Problems und freie Meinungsbildung in der Bundesrepublik zu verhindern und die weitere politische Entwicklung zu blockieren“.

Man muß in der Geschichte des VDS einige Jahre zurückblättern, um das Gewicht dieser politischen Entscheidung, einer der wichtigsten, die gegenwärtig überhaupt in Westdeutschland getroffen werden können, richtig werten zu können.

1960 hatten die Vertreter des 6. westdeutschen Studententages dem Bonner Minister Lemmer lebhaften Beifall gespendet als er demagogisch ausrief: „Mit den Brüdern und Schwestern in Mitteleuropa kann man gar nicht eng genug in Verbindung stehen. Kontakte mit den Vögeln einer fremden Macht sind unmöglich.“

Noch 1963 z. B. hob eine Entschließung des VDS-Kongresses hervor, daß nur „sportliche, fachliche, kulturelle und rein menschliche“ Kontakte zu Studenten in der DDR statthaft seien, und lange währte der Streit um den Charakter der Beziehungen zur FDJ.

Und noch 1965 äußerte der VDS-Kongress in Mainz, „daß bei diesem Bemühen um eine gesamtdeutsche Begegnung das eigentliche Ziel, das Gespräch zwischen deutschen Studenten, nicht Grundsätzen und Überlegungen untergeordnet werden darf, die für den studentischen Bereich nicht gelten oder zumindest nicht kritisch in diesen übertragen werden dürfen.“

Auf dem diesjährigen Kongress nun sprachen sich fast alle der 50 Diskussionsredner ausdrücklich für die Normalisierung der Beziehungen zur DDR aus, und mehrere Redner forderten damit im Zusammenhang eine „totale Änderung der Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik“.

Eine Tendenz, die unseres Wissens zwar auf der VDS-Tagung noch nicht ihren Niederschlag in einem Beschluss gefunden hat, aber gleichwohl die wachsende Reife der außerparlamentarischen politischen Bewegung in Westdeutschland zeigt, muß in diesem Zusammenhang genannt werden: die zunehmende Verbindung zwischen Arbeiterklasse und progressiven Studenten, für die sich in letzter Zeit die Beispiele häufen. Ein jüngstes Beispiel ist die in der letzten Woche stattgefundenen gemeinsame Kundgebung von Fordarbeitern und Kölner Studenten, deren Teilnehmer die Demokratisierung der Betriebe und der Universitäten forderten, sowie drohenden Entlassungen und Kurzarbeit, der Notstandsverordnung und den Polizeirepressalien den gemeinsamen Kampf ansgaben. Der Arbeiterfunktionär Dürrbeck hob hervor, daß Arbeiterklasse und Studenten in ihrem Kampf um die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft auf gegenseitige Unterstützung angewiesen seien, und der ASIA-Referent Lehnhoff erklärte: „Es könnte sein, daß wir in Zukunft für unsere gemeinsamen Interessen auf die Straße gehen müssen.“

demie der Wissenschaften seit mehreren Jahren mit Radiotoxinen experimentiert. Auf Grund zahlreicher Experimente sind die sowjetischen Forscher zu der Schlussfolgerung gelangt, daß eine bestimmte Konzentration von Radiotoxinen die Entwicklung bösartiger Herde hemmt, dabei aber gesunden Geweben gegenüber neutral bleibt.

Die Erforschung der Wirkung von Radiotoxinen auf den lebenden Organismus befindet sich erst im Anfangsstadium, und bevor von einem praktischen Wert für die Krebsbehandlung gesprochen werden könne, seien langwierige pharmakologische Versuche mit Tieren erforderlich, betonte Prof. Kusin.

Krebszellen wurden gefilmt

Wie sich Krebszellen im lebenden Körper verhalten, konnten zum erstenmal amerikanische Mediziner in einem Farbfilm studieren. Der Film, hergestellt im Labor des klinischen Pathologen Dr. Sumner Wood jr. von der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore, demonstrierte zeitraffend in 20 Minuten, was sich während 30 Monaten in einem Kaninchenohr ereignet hatte. Das Fenster, durch das die Wissenschaftler die Krebszellen im Körpergewebe beobachteten, war als winzige Kammer aus Plastik in das Ohr des Tieres eingelassen.

Augenlinsen aus gefrorener Hornhaut

Um den Staroperierten das Tragen der Brille zu ersparen, will ihnen der kolumbianische Augenarzt Dr. José Barraquer eine Linse aus der Augenhornhaut von Verstorbenen einsetzen. Der in der Hornhauttransplantation sehr erfahrene Arzt will mit Hilfe von Präzisionslehreimaschinen aus der in flüssigem Stickstoff eingefrorenen Augenhornhaut eines Verstorbenen eine neue Augenlinse anfertigen.

WELT DER WISSENSCHAFT

Bekämpfung der Leukämie mit Medikamenten-Kombination

Der Leiter der Kinderklinik St. Jude in Memphis (Tennessee), Dr. Donald Pinkel, hat vor kurzem über beachtliche Erfolge bei der Anwendung eines kombinierten Medikaments zur Behandlung der Leukämie berichtet. Bei fünf von insgesamt 31 Patienten, an denen man zwischen den Jahren 1964 bis 1966 eine Kombination von fünf Medikamenten erprobt habe, sei der bisher längste Zeitraum einer deutlichen Remission der Krankheit beobachtet worden, wie der Chefarzt ausführte. Unter Remission ist ein völliges Nachlassen der Krankheitserscheinungen zu verstehen.

Die Remission bei den fünf leukämiefreien Patienten hätten bereits zwei Wochen nach Beginn der Behandlung mit dem Kombinationspräparat begonnen, doch habe man die Therapie noch über zwei Jahre fortgesetzt. Von den restlichen 26 Patienten seien fünf weiter krank, während man bei 21 von ihnen erst nach einem längeren Behandlungszeitraum ein Nachlassen oder einen Stillstand der Krankheit festgestellt habe. Abschließend betonte der Chefarzt, daß man noch nichts über eventuelle langfristige Nebenwirkungen des Kombinationsmittels wisse. Es sei daher verfrüht, von einer Heilung bei den fünf Patienten zu sprechen.

Radiotoxine gegen Geschwülste

Unter Leitung von Prof. Kusin wird am Institut für Biophysik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau

UZ 12/68, Seite 6

WESTDEUTSCHLAND

Angriffe auf die Freiheit der Hochschulen

Sprecher der CSU, der Strauß-Partei, stellen im Bayerischen Landtag die Autonomie der westdeutschen Hochschulen in Frage. Wörtlich erklärte der CSU-Abgeordnete Schosser: „Der Landtag müsse sich bei der Beratung des Hochschulgesetzes überlegen, ob die Autonomie der Universitäten so weit gehen könne, daß das übergeordnete Interesse des Staates beachtet werden könne.“ Die konkreten Anlässe für diesen Angriff auf die Freiheit der Universitäten sind derart düster, daß sie offensichtlich nur Vorwand für massive Absichten zur Reglementierung demokratischer Studenten und für die noch stärkere Einbeziehung der Universitäten in das auf Rüstung orientierte Schwerpunktprogramm des Bundes sind.

Monopole greifen nach der Universitätsforschung

Seit seiner Gründung habe der „Fonds der Chemischen Industrie“ nahezu 60 Millionen DM „zur Förderung von Forschung, Wissenschaft und Lehre“ bereitgestellt. Der größte Betrag davon entfalle auf „Maßnahmen zur Nachwuchsförderung“, teilte der Vorsitzende des Kuratoriums vor kurzem mit. Diese Mittel werden insbesondere zur Werbung von Wissenschaftlern für die großen Monopolbetriebe genutzt. Ein Stipendium dieses „Fonds“ setzt in der Regel einen Vorvertrag mit einem Unternehmen voraus, in dem der Wissenschaftler nach Abschluß arbeiten soll. Oft werden dabei auch Dissertationen und Habilitationsschriften bereits den Bedürfnissen der Monopolbetriebe entsprechend festgelegt.

Regensburger Rektor ließ die Katze aus dem Sack

Hetlige Proteste erregte das reaktionäre Auftreten des Regensburger Rektors Prof. Franz Mayer. Mayer hatte als Protektor unter Nazi-Pölnitz schon maßgeblichen Anteil an der ideologischen Ausrichtung der Regensburger Universität als „Ostland-Universität“ und Nachfolgerin des reaktionären Teils der Prager Karls-Universität aus dem 15. Jahrhundert. Jetzt bezeichnete er sich selbst als „Fürst“ der Universität, das Verwaltungspersonal als „Gesinde“ und die Assistenten gar als „Gesindel“. „Freimaurer, Liberalen und Sozialdemokraten kommen mir hier nicht hinein“, umriß er annähernd und programmatisch die reaktionären Ziele der Universität Regensburg. Selbst die bayrische SP – selbst maßgeblich am Zustandekommen des Projekts Regensburg beteiligt – war gezwungen, sich von Mayer zu distanzieren.

WESTBERLIN

Universitätsgesetz gegen demokratische Studenten

Der von der CDU ins Westberliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Entwurf eines neuen Universitätsgesetzes für die Westberliner Hochschulen ist ausdrücklich darauf abgestimmt, Handhaben gegen demokratische Studenten zu erlangen. Wiederholt wird in dem Entwurf mit Exmatrikulation gedroht, so für „Störungen des Lehrbetriebs“, worunter nach der bisherigen Praxis jeder Protest gegen demokratische Maßnahmen leitender Gremien der Fakultäten oder der Universität wie auch alle Einwände gegen Inhalt oder Form bestimmter Lehrveranstaltungen gemeint werden können.

Die regierende SP in Westberlin brachte einen eigenen Entwurf ein, der sich jedoch in den wesentlichen Punkten nicht vom CDU-Entwurf unterscheidet. Beide Parteien gehen weit über den ursprünglichen, von Wissenschaftssenator Stein in Zusammenarbeit mit Hochschulinstitutionen erarbeiteten Entwurf hinaus. Im Abgeordnetenhaus wurden besonders die „wesentlichen liberaleren Züge“ des Stein'schen Entwurfs verworfen.

MANIFESTATION HISTORISCHEN RÜCKSTANDS

„Ach wie lieb, möchte man ironisch ausrufen, wenn man das Faksimile aus der ‚Frankfurter Allgemeinen‘ gelesen hat, und man wird überlegen, was wohl diesmal dahinter steckt mag: Können sie nicht mehr anders? Wollen sie wieder mal ihre ‚Brüderlichkeit‘ beweisen? Wiegen sie sich gar in der Illusion, in die so hinterlistig ausgebreiteten Arme könnten Karl-Marx-Städter oder Magdeburger Wissenschaftler hineinfallen?“ Gleichgültig interessiert wird erst der Vergleich mit unserer Meldung von 1965 (f u f und sechzig) – der Beschlag der Westdeutschen Rektorenkonferenz wird so Symbol dafür, daß man auch in Westdeutschland auf die Danks nicht an den Realitäten vorbei kann. So gewiß, wie man schließlich mit mehrjähriger Verzögerung die internationale Anerkennung der TH Karl-Marx-Stadt nachvollziehen mußte, so gewiß wird man schließlich auch die ganze DDR akzeptieren müssen. Mit mehrjähriger Verzögerung, versteht sich – dafür ist man in Bonn eben ein beträchtliches Stück hinter der Weltgeschichte zurück – aber man wird!

„Als erste der in der DDR gegründeten Hochschulen wurde die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt kurzlich auf der IV. Gesamtkonferenz der Internationalen Vereinigung der Universitäten (IAU) in Tokio als Mitglied in diese Organisation aufgenommen.“

Frankfurter Allgemeine, 23. 2. 1968



Ehrung der Geschwister Scholl in Berlin

Am 3. März wurde, um das Andenken der von den Faschisten ermordeten Geschwister Sophie und Hans Scholl zu ehren, im Apollo-Saal der Deutschen Staatsoper von Studenten der Dresdner Musikhochschule „Carl Maria von Weber“ die Oper ihres Kommilitonen Udo Zimmermann „Die weiße Rose“ aufgeführt. Das Libretto schrieb Dr. Ingo Zimmermann, Bruder des Komponisten und wissenschaftlicher Oberassistent an der Theologischen Fakultät unserer Universität.

Diese erste Studentanoper der DDR, die in sechs Szenen von Leben und Kampf und Ermordung der Geschwister Scholl, ihrer Freunde und ihres Lehrers Professor Kurt Huber erzählt, entstand im Auftrag der Dresdner Musikhochschule. Sie wurde anlässlich der 9. Arbeiterfestspiele 1967 in Dresden uraufgeführt und mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.

Zur Zeit arbeiten die Gebrüder Zimmermann an einer musikalischen und festlichen Neufassung der Oper, die voraussichtlich im Oktober am Mecklenburger Staatstheater Schwerin uraufgeführt werden soll.

Unser Bild zeigt eine Szene aus dem 3. Bild, als Sophie Scholl von ihrem Bruder Hans und den Freunden Christoph Probst und Alexander Schmorell in die illegale Arbeit eingeweiht wird.

Foto: Zentralbild (Lange)

Proteste gegen Verhöhnung der Geschwister Scholl in München

Zahlreiche Münchner Studenten gaben bei der Gedenkfeier für die Geschwister Scholl im Lichthof der Universität München ihren Unmut darüber Ausdruck, daß prominente Nazi-Professoren der Feier beizuhen dürften. Auf Flugblättern, die wie vor 25 Jahren vom 2. Stock in den Lichthof flatterten, griffen SDS-Studenten 6 Münchner Professoren an: „Es ist mehr als Zynismus, das heute

die Münchner Universität der Geschwister Scholl gedenkt, während die Helfer der Henker noch Mitglieder dieser Universität sind.“ Sprechchöre forderten „Nazis raus!“ Die Proteste richteten sich auch gegen den Hauptredner der Feier, den Mitarbeiter der reaktionären „Deutschland-Stiftung“ Professor Walter Bullmann. „Mit dem Namen der Geschwister Scholl wird Schindluder getrieben“, verkündeten Flugblätter der Aktionseinheit Demokratische Universität. „Für das Deutschland der ‚Deutsche Land-Stiftung‘ und ihre Gesinnungsfrucht, die sich heute schon wieder ansieht, demokratische Minderheiten zusammenzuschlagen und mundtot zu machen, haben sie gewiß nicht ihr Leben gelassen.“

HOCHSCHULEN DDR

Erster Forschungsstudent promovierte

Das erste Forschungsstudium der DDR wurde vor kurzem an der Humboldt-Universität Berlin abgeschlossen. In einer öffentlichen Verteidigung stellte Gitta Dietzmann die Dissertation „Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft“ zur Diskussion. Die in 16 Monaten entstandene Arbeit wurde mit „summa cum laude“ bewertet und ist sowohl in Hinblick auf ihre wissenschaftlichen Ergebnisse für die

Geschichtswissenschaft als auch unter speziellen hochschulpolitischen Gesichtspunkten von Interesse. Sie entstand im Ergebnis des wissenschaftlichen Studentenzirkels „KZ Dora“, der zu den Studententagen der Humboldt-Universität im März 1967 erste Resultate vorlegte, und beweist, daß bei der Anwendung des Prinzips der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit eine hohe Effektivität des Studiums erreicht werden kann.

Solidarität mit Vietnam auf der Karl-Marx-Ausstellung

Ton-Bild-Reihen über den Kampf des vietnamesischen Volkes und über die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zählten zu den fast 30 Arbeiten aus dem Studentenwettbewerb an der Universität Greifswald, die auf der Leihanschau der Studenten der DDR anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx in Leipzig ausgestellt werden. Neben diesen im Schulunterricht bereits bewährten Ergebnissen praxisverbundener Ausbildung werden weitere Dokumentationen über die Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam berichtet.

Neue akademische Funktion

Der Senat der Technischen Universität Dresden hat für den Bereich der Fakultät Technologie die neue akademische Funktion eines Prodekan für Wissenschaftsentwicklung geschaffen. In den vergangenen Monaten wurden die Vorbereitungen abgeschlossen, das Technologiestudium durch neue Wissenschaftsdisziplinen zu erweitern. Die Technologie-Fakultät gehört mit 400 Direktstudenten, 100 Fernstudenten und 80 Studenten im postgradualen Studium zu den stärksten Fakultäten der TU.

Kybernetik-Qualifizierung

Bereits die 3. Veranstaltung zur mehrgerichteten Weiterbildung qualifizierter Wissenschaftler auf moderne, in die Ökonomie integrierte Wissenschaftsgebiete fand an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst mit einem achtstägigen Kybernetik-Intensivlehrgang für Politökonomien und Philosophen statt.

